

<p style="text-align: center;">Ergebnisprotokoll der 35. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 03.07.2014</p>
--

Beginn: 15.55 Uhr

Ende: 18.20 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Liess
Herr Gottschalk
Frau Metschies in Vertretung für Herrn
Sulimma
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Strohmam

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II *Verwaltung*

Herr Dr. Sünnemann	Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
Frau Zimmermann	kehr
Frau Windeler	
Frau Prof. Dr. Reuther	
Herr Viering	
Herr Polzin	
Frau Urban	
Frau Rüpke	
Herr Dr. Lampe	
Herr Dr. Kumpfer	
Herr Bürger	
Herr Eickhoff	
Herr Dr. Viebrock-Heinken	
Herr Richts	
Frau Nanninga	
Herr Krämer	
Frau Pieper	ASV
Herr Donaubaue	BBN

III *Gäste*

Herr Oertel	Naturschutzbeirat
Herr Dr. Steinbrück	Landesbehindertenbeauftragter
Herr Prof. Dr. Mose	Beiratssprecher Neustadt
Herr Schlüter	Ortsamtsleiter Osterholz
Herr Kommer	GEG

IV *Gastdeputierte*

Herr Saffe	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Schierenbeck	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hipp	CDU-Fraktion

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 35. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Ausgesetzt werden

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 05.06.2014

TOP 21b) Planungsstand zu den Projekten Güldenhaus-Gelände, Große Sortillienstr. Grundstück Erlenstr. / Oderstr. (ehemalige Tankstelle)

TOP 21c) Umgang mit Stellungnahmen im Rahmen von Bauleitverfahren

TOP 21d) Wirksamkeit der Umweltzone

TOP 21h) Stadtteile am Fluss über den Fluss verbinden

Als **Tischvorlage** liegen die Unterlagen zu folgenden TOP vor:

TOP 20 Gartenstadt Werdersee

TOP 21 b) Reise von Senator Dr. Lohse nach Chicago im Rahmen der transatlantischen Klimabrücke

TOP 21i) Klare Regelungen für Hundenauslauf in Bremen einführen

TOP 22a) Kommunale Abfallwirtschaft in der senatorischen Behörde

Es liegt der Verwaltung ein **Antrag der CDU** zur Botanika vor. Da der Antrag den Koalitionsfraktionen nicht vorliegt, wird vorgeschlagen, den Antrag in der nächsten Sitzung am 11.9.2014 zu beraten.

Herr Imhoff bittet um Abstimmung darüber, den Antrag unter Verschiedenes zu befassen. Es sei üblich, dass es Tischvorlagen gebe, folglich könne der Antrag heute verteilt und befasst werden. Der Antrag beinhalte lediglich ein Bekenntnis zur Botanika und die Bitte an den Senat die Mittel dafür bereit zu stellen.

Herr Pohlmann verweist auf die Verfahrensordnung der Deputation, wonach durch die Antragsteller sicherzustellen sei, dass alle Fraktionen den Antrag erhalten. Er bittet darum, den Antrag ordnungsgemäß zuzustellen.

Herr Senator Dr. Lohse lässt über den Vorschlag der CDU abstimmen, den Antrag in der heutigen Sitzung zu befassen:

Für eine heutige Befassung: CDU

Dagegen: Linke, SPD und Grüne

Somit wird der Antrag der CDU zur Botanika in der nächsten Deputationssitzung beraten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 18/34 der Sitzung am 05.06.2014)	
-------	---	--

zurückgezogen

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Beauftragung des Vergabeausschuss für die Zeit der Parlamentsferien -02-	Vorlage 18/393	L/S
-------	--	-------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) ermächtigt den Vergabeausschuss, während der Zeit nach der letzten Deputationssitzung vor den Parlamentsferien bis zum ersten Zusammentreffen der Deputation nach den Parlamentsferien anstelle der Deputation die der Deputation nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes über Deputationen obliegenden Aufgaben zu erledigen mit Ausnahme der ihr von der Stadtbürgerschaft übertragenen Beschlüsse.

Einstimmig

TOP 5	Feststellung des Jahresabschlusses 2013 des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung (SVAbfall) -23-	Vorlage 18/382
-------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Jahresabschluss 2013, den Lagebericht, die Erfolgsübersicht und den Bericht der Wirtschaftsprüfer zur Kenntnis. Der Jahresabschluss des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung der Stadtgemeinde Bremen (SVAbfall) gilt hiermit als festgestellt.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) erteilt dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Entlastung.

Einstimmig

TOP 6	Bebauungsplan 2464 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ehlersdamm, Langwedeler Straße, Beim Rethpohl, beiderseits Am Großen Kuhkamp - Planaufstellungsbeschluss -FB 01-	Vorlage 18/398
-------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ehlersdamm, Langwedeler Straße, Beim Rethpohl, beiderseits Am Großen Kuhkamp ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Einstimmig

TOP 7	Bebauungsplan 2443 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits der Ludwig-Soennecken-Straße, Johann- Neudörffer-Straße, Ludwig-Sütterlin-Straße und Kaspar- Faber-Straße, nordöstlich Achterdiek <ul style="list-style-type: none">• Absehen von erneuter öffentlicher Auslegung,• Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -FB 01-	Vorlage 18/399
--------------	---	-------------------

Frau Neumeyer bittet darum, den Wunsch der Anwohner nach einer Kita im Planbereich zu unterstützen.

Herr Arndt fragt nach Möglichkeiten von zusätzlichem Lärmschutz.

Herr Viering führt aus, dass dieses Gebiet eines der Pilotprojekte des Bündnisses für Wohnen sei. Die Einwände des Beirats wurden intensiv geprüft und soweit möglich berücksichtigt.

Die Verlängerung der Lärmschutzwand an der Autobahn sei gutachterlich geprüft worden. Im Ergebnis würde dadurch keine Reduzierung der Lärmimmissionen für die Wohngebiete erreicht. Daher werde es passive Maßnahmen an den Gebäuden geben.

Es wurde ein städtebaulicher Vertrag geschlossen, in dem der Wunsch nach einer Kita aufgenommen wurde. Im Bebauungsplan werde bewusst kein Standort für eine Kita festgelegt, sondern diese sei im Plangebiet generell zulässig.

Aufgrund der Einwände des Beirats und anderer Einwendungen sei die Einzelhandelsfläche nun auf maximal 600 m² erhöht worden.

Auf Nachfrage von **Herrn Pohlmann** erläutert **Herr Polzin**, dass im Rahmen des VEP das Busnetz optimiert worden sei. Es sei eine Buslinie konzipiert, die über die Marcusallee kommend über Achterdiek bis zur Berliner Freiheit geführt werden solle. Die Schleifenfahrt der Linie 31 würde dann entfallen zugunsten einer besseren Anbindung in Richtung Horn und in Richtung Vahr. Die Straßenbahnlinien 1 und 4 und die größeren Einzelhandelszentren würden dadurch angebunden. Über die Fußgängerbrücke über die Autobahn erreiche man außerdem bereits jetzt die Endhaltestelle der Buslinie 24.

Beschluss:

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der Lärmthematik die Fortführung des Planverfahrens entsprechend dem Votum des Bauressorts.“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Be-

bauungsplanes 2443 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits der Ludwig-Soennecken-Straße, Johann-Neudörffer-Straße, Ludwig-Sütterlin-Straße und Kaspar-Faber-Straße, nordöstlich Achterdiek (Bearbeitungsstand: 16.06.2014) abgesehen wird.“

3. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2443 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits der Ludwig-Soennecken-Straße, Johann-Neudörffer-Straße, Ludwig-Sütterlin-Straße und Kaspar-Faber-Straße, nordöstlich Achterdiek (Bearbeitungsstand: 16.06.2014)

Einstimmig

TOP 8	Bebauungsplan 2450 für ein Gebiet in Bremen – Östliche Vorstadt „Neues Hulsberg-Viertel“ • Planaufstellungsbeschluss -FB 01-	Vorlage 18/400
--------------	---	-------------------

Herr Arndt stellt den Antrag, die Beschlussfassung auszusetzen, da am kommenden Wochenende die Planungswerkstatt stattfindet und mit dem nun in der Vorlage enthaltenen Abriss des Bettenhauses und dem Bau einer Hochgarage ein wesentlicher Baustein aus dem Beteiligungsverfahren verändert werde. Daher sollte das Ergebnis des Werkstatttermins abgewartet werden.

Herr Werner und Herr Gottschalk sprechen sich dagegen aus, da die Planungswerkstatt ausdrücklich als Bebauungsplan- Werkstatt konzipiert sei. Wenn sich dort andere Vorstellungen ergeben, würden diese in den zu erarbeitenden Bebauungsplan einfließen.

Herr Senator Dr. Lohse lässt über den Antrag von Herrn Arndt abstimmen, die Vorlage heute auszusetzen.

Für Aussetzung der Vorlage: DIE LINKE

Dagegen: CDU, SPD und Grüne

Damit ist der Antrag auf Aussetzung abgelehnt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen – Östliche Vorstadt zwischen Am Schwarzen Meer, Sankt-Jürgen-Str., Bismarckstr. und Friedrich-Karl-Str. ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, das Planverfahren auf Grundlage der beschriebenen Planungsziele fortzuführen.

Einstimmig

TOP 9	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 102 (mit Vorhabenplan 102) zum Vorhaben „Bürobau Haus Richardson“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum <ul style="list-style-type: none">- südlich der Heriwardstraße- westlich der Richthofenstraße- (Flurstück 434/49 der Flur VR 358) (Planaufstellungsbeschluss, beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB) -BBN-	Vorlage 18/396
--------------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer möchte sichergestellt haben, dass der alte Parkbestand rund um das Gebäude nicht von einer Bebauung in Mitleidenschaft gezogen wird.

Herr Donaubauer erklärt, dass im Bereich der geplanten Bebauung nur einzelne Bäume stehen würden. Die Naturschutzbehörde sei einbezogen. Der Hauptbestand des Parks sei nicht betroffen.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand 20.05.2014) bezeichnete Gebiet in Bremen-Burglesum südlich der Heriwardstraße und westlich der Richthofenstraße (Flurstück 434/49 der Flur VR 358) ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 102 - mit Vorhabenplan 102). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 102 (mit Vorhabenplan 102) für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand 20.05.2014) bezeichnete Gebiet in Bremen-Burglesum südlich der Heriwardstraße und westlich der Richthofenstraße (Flurstück 434/49 der Flur VR 358) im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll.*

Einstimmig

TOP 10	Bebauungsplan 1288 für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen <ul style="list-style-type: none">- Landrat-Christians-Straße (rückwärtig)- Blumenthaler Aue- Weser- Weserstrandstraße Haus - Nr. 17, 15 und 1 (Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung, Bericht der Deputation) -BBN-	Vorlage 18/397
---------------	--	-------------------

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes 1288 für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen Landrat-Christians-Straße (rückwärtig), Blumenthaler Aue, Weser und*

Weserstrandstraße Haus - Nr. 17, 15 und 1 (Bearbeitungsstand: 27.05.2014) abgesehen wird.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Bebauungsplan 1288 für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen Landrat-Christians-Straße (rückwärtig), Blumenthaler Aue, Weser und Weserstrandstraße Haus - Nr. 17, 15 und 1 (Bearbeitungsstand: 27.05.2014).

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bekräftigt ihr Interesse an einer zeitnahen Umsetzung der im Bebauungsplan festgesetzten Fuß- und Radwege zum Blumenthaler Marktplatz und zum ÖPNV-Knotenpunkt Bahnhof Blumenthal. Sie beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Mittel für die Realisierung spätestens beim Entwurf des nächsten Haushaltes in Ansatz zu bringen.

4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die vorzeitige Genehmigung der Erschließungsanlage „Historische Achse“ im Geltungsbereich des Bebauungsplans 1288 (Bearbeitungsstand: 27.05.2014) zustimmend zur Kenntnis.

Einstimmig

TOP 11	Aktionsplan zur Lärminderung nach der Umgebungsrichtlinie -22-	Vorlage 18/410
--------	--	-------------------

Herr Saxe erklärt, dass durch die Absenkung der Auslöseschwellenwerte die Zahl der Lärmbetroffenen gestiegen sei. Zwar werde, gerade mit dem Schallschutzfensterprogramm und Maßnahmen an Bahnstrecken, einiges für die Betroffenen getan, es sei aber festzustellen, dass angesichts der Anzahl an Problemen und Betroffenen die zur Verfügung stehenden Mittel viel zu gering seien. Mit Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Tempo 30 könne eine Senkung um bis zu 2 dB(A) erreicht werden. Daher sollte dieses Mittel ganz gezielt eingesetzt werden. Ein wichtiger Problembereich sei die Stephanibrücke. Mit dem Einbau von hochelastischen Schienenverbindungen könnte eine Entlastung um 6- 10 dB(A) erreicht werden. Hier sei abzuwarten, was mit der Bahn ausgehandelt werden könne. Möglicherweise müsse hier ein Anteil Bremens geprüft werden. Sofern eine Erneuerung des Belags auf der A 1 anstehe, sei zu prüfen, ob dort offener Asphalt aufgebracht werden könne. Damit würde eine ganze erhebliche Lärmentlastung erreicht werden. Auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung für LKWs nachts würde etwas bringen.

Frau Dr. Schaefer betont, dass Lärmschutz Gesundheitsschutz sei, es aber auch um Lebens- und Wohnqualität gehe. Wenn man Wohnen in der Stadt attraktiver machen wolle, dann müsse man Lärmschutz ernst nehmen. Umso ärgerlicher sei es, dass das Eisenbahnbundesamt auch diesmal die Lärmdaten erst verspätet liefere, zumal es immer noch keinen lückenlosen Lärmschutz an Bahnstrecken gebe. Hier sei das Eisenbahnbundesamt in die Pflicht zu nehmen.

Herr Gottschalk weist darauf hin, dass die Sensibilisierung für die Lärmproblematik immer weiter zunehmen werde. Die Anforderungen seien komplex. Über Tempo 30 sei zwar schnell eine Wirkung zu erzielen, es seien aber Auswirkungen z.B. auf das LKW- Führungsnetz zu berücksichtigen, welches ebenfalls Entlastungen bringen sollte. Außerdem seien Verkehrsverlagerungen zu beachten, damit nicht andere Strecken zusätzlich durch Lärm und Luftschadstoffe belastet würden. Das Problem sei auch, dass das Verhältnis der Mittel, auch der Mittel des Bundes, zu den Problemen in einem deutlichen Missverhältnis stünde. Es sei nun abzuwarten, welche Maßnahmen prioritär umgesetzt werden könnten.

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass Lärm krank mache und diese Erkenntnis über alle Parteigrenzen hinweg bestehe. Bahnlärm gebe es nicht nur an der Oldenburger Kurve, sondern auch in anderen Gebieten der Stadt, insbesondere auch im Bremer Westen und im Bremen Nord. Er habe zum Bremer Westen schriftliche Fragen ausformuliert, ob es neben den Bundesmitteln, die dort fließen, Abhilfemöglichkeiten aus dem Bremer Programm geben könnte und bittet dazu um einen ausführlichen Bericht in einer der nächsten Sitzungen.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt einer Weiterleitung an den Senat und an die Bürgerschaft zur Kenntnisnahme zu.

Einstimmig

TOP 12	Parkplatzsituation für Menschen mit Behinderungen verbessern Bericht der Deputation an die Bremische Bürgerschaft -ASV, 5-	Vorlage 18/343
---------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt dem Berichtsentwurf entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft).

Einstimmig

TOP 13	Straßenbenennung Ruschweide -ASV-	Vorlage 18/403
---------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

Einstimmig

TOP 14	Busbahnhof Blumenthal Umgestaltung der Busumsteiganlage -ASV-	Vorlage 18/404
---------------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer bittet um einen schriftlichen Bericht zu einer der nächsten Sitzungen über die Planungen im gesamten Bereich um den Bahnhof Blumenthal herum.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Vorlage zur Beschlussfassung dem Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.

Einstimmig

TOP 15	Bauwerk 442; Ersatzbau des Brückenbauwerks über die B 75 im Zuge der Heinrich-Plett-Allee Bereitstellung von Planungs- und Baumitteln -ASV-	Vorlage 18/405	L/S
---------------	---	-------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung und der Durchführung der Maßnahme zu.

Einstimmig

TOP 16	Überbauerneuerung der Lesumbrücke (BW 201) in Bremen Burg -ASV-	Vorlage 18/406	
---------------	---	-------------------	--

Auf Nachfrage von **Frau Neumeyer** erklärt **Frau Pieper**, dass aktuell nicht davon auszugehen ist, dass geklagt werde, die Frist dafür laufe jedoch noch. Man habe sich bei allen Positionen bislang geeinigt, es seien gegenseitig Kosten anerkannt bzw. teilweise zurückgezogen worden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung und die Mehrkosten in Höhe von 800.000 € zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der Maßnahme zu.

Einstimmig

TOP 17	Umbau und Erweiterung der BAB A 270 Anschlussstelle Bremen – St. Magnus -ASV-	Vorlage 18/407	L/S
---------------	---	-------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Mehrkosten zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der Mehrkosten zu.

Einstimmig

TOP 18	Fortschreibung der Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verbesserung der Radverkehrsführung an ampelgeregelten Kreuzungen -5-	Vorlage 18/412	
---------------	--	-------------------	--

Herr Pohlmann führt aus, dass damit der Ansatz des VEP umgesetzt werde, alle Verkehrsträgerinnen und –träger zu unterstützen. Der Anteil der Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer steige, was wünschenswert und Teil einer Verkehrswende sei. Wer selber Fahrrad fahre, stelle fest, dass es notwendig sei, gerade in Kreuzungsbereichen größere Aufstellflächen zu haben.

Herr Saxe teilt diese Auffassung. Bei diesem Programm gehe es aber auch vor allem um Verkehrssicherheit. Auch die Fußgängerinnen und Fußgänger als schwächste Verkehrsteilnehmer würden in den Fokus genommen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahmen zu.

Einstimmig

TOP 19	Sanierungsgebiet Hohentor/Alte Neustadt – Freianlagen der Recyclingstation Hohentor -7-	Vorlage 18/408
--------	--	-------------------

Frau Urban berichtet, dass der Beirat Neustadt am 17.06.2014 über die Vorlage beraten und unter dem Vorbehalt zugestimmt habe, dass die Bedarfsträgerschaft für den Weg geklärt werde. Das ASV übernehme nun die Bedarfsträgerschaft, sobald im Zusammenhang mit dem Wohnprojekt am Hohentorsplatz planungsrechtlich Wegefläche festgelegt sei.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme sowie der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 20	Gartenstadt Werdersee -SBD-	Vorlage 18/411
--------	--------------------------------	-------------------

Frau Neumeyer erklärt, dass sich ihre Fraktion enthalten werde. Sie sei zwar grundsätzlich für eine Bebauung, aber es müssten noch viele Fragen geklärt werden und Abstimmungen mit den Beiräten und auch mit den Bürgern vor Ort stattfinden.

Herr Werner möchte wissen, welche Beteiligungsthemen und welche Beteiligungsformate geplant seien. Generell sei die Idee einer Gartenstadt mit 70% Flächen, die grün bleiben sollen gut. Er bittet um genauere Informationen über die Ausgestaltung.

Herr Arndt weist darauf hin, dass wirtschaftliches und somit kostengünstiges Bauen nur bei erheblich höherer Bebauungsdichte möglich sei. Dem stehe natürlich das Grünkonzept entgegen. Hinsichtlich der Sozialwohnungsquote müssten die im Bündnis für Wohnen vereinbarten 25 % eine Mindestgrenze darstellen. Gerade in diesem Bereich müsste für die niedrigen und mittleren Einkommensschichten und ganz besonders im sozialen Wohnungsbau im Mietbereich erheblich etwas getan werden.

Herr Prof. Dr. Mose stellt die Position des Beirats klar. Bei Innenentwicklung gehe es auch um die Entwicklung des Frei- und Grünraums, um Lebensqualität in der Stadt. Das, was dazu bisher vorliege, überzeuge den Beirat nicht. Der Beirat habe Vorbehalte gegenüber den verkehrlichen Implikationen, gegenüber der Gestaltung des Grünraumkonzeptes und gegenüber der Zahl der Wohneinheiten. Deshalb habe der Beirat dem vorliegenden Konzept nicht zugestimmt. Der Beirat sei sehr angetan davon gewesen, dass ihm sehr frühzeitig signalisiert worden war, dass es Gespräche, Formen der Beteiligung geben solle. Der Beirat sei zwar im Werksstattgespräch über die eingegangenen Vorschläge informiert worden, allerdings bei der Entscheidung waren die Beiräte und die Ortsämter nicht mehr beteiligt gewesen. Daher erfahre man die Position des Beirats eben durch die Beschlussfassung des Beirats. In einer Veranstaltung am 21. Mai sei von der Verwaltung signalisiert worden, dass in einem Bürgerdialog mit der Bevölkerung aber auch mit den Beiräten unter anderem über Umfang, Höhe und Dichte der Bebauung gesprochen werden. Heute Morgen war der Zeitung zu entnehmen, dass über 570 WE nicht mehr geredet werde. Der Beirat habe die Erwartung, dass über alles geredet werde. Er habe ein großes Interesse an einem weiteren Dialog. Er appelliert, der Vorlage in der jetzt vorliegenden Form nur unter zwei Bedingungen zuzustimmen: Es kann und darf über alles geredet werden, auch über 570 WE und der Bürgerdialog werde so gestaltet, dass die Bürger und der Beirat wissen, was unter Information, Kommunikation und Beteiligung zu verstehen sei. Den Vertretern der Wohnungswirtschaft sei zu einem früheren Zeitpunkt ein Mitentscheidungsrecht gewährt worden. Der Beirat bitte um weitergehende Beteiligungsrechte, als nur die Anhörung über das, was vorgesehen sei.

Frau Prof. Dr. Reuther führt aus, dass im September ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gefasst wurde, in dem Ziele für die Planung formuliert worden seien. Diese Ziele

seien in die Arbeit an einem städtebaulichen Konzept, das in einer Werkstatt mit Architekten, Städtebauern und Grünplanern entwickelt wurde, eingeflossen. Dieses städtebauliche Konzept wurde im Februar in einer gemeinsamen Beiratssitzung der Beiräte Neustadt und Obervieland und in der Veranstaltung im Mai vorgestellt. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass ein weiterer Dialog notwendig sei. Dazu solle das städtebauliche Konzept in allen seinen Dimensionen, wie Umfang, städtebauliche Dichte, dem Thema Grün, wo soll der Anteil an Sozialwohnungen hin, wie sieht es mit der Baustruktur aus, in einer Ausstellung mit Erläuterung durch die Architekten und Planer betrachtet werden. In Anknüpfung an die Erfahrungen im Beteiligungsprozess zum Hulsberg- Viertel sollen außerdem zu den wichtigen Fragen Veranstaltungen angeboten werden. Es seien jeweils Termine zu den Themen Städtebau, Grün- und Freiräume und Mobilität und Verkehr vorgesehen. Weitere Themen könnten auch auf Anregung des Beirats organisiert werden. Ein weiterer Baustein sei, in welcher Form Mitglieder des Beirats, aber auch andere engagierte Menschen aus dem Umfeld gemeinsam mit der Verwaltung arbeiten könnten.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass die Verwaltung neben den Interessen der Beiräte und der Anwohnerinnen und Anwohner auch das gesamtstädtische Interesse, das Gemeinwohlinteresse im Blick behalten müsse. Hierzu gehöre es auch, Wohnraum für Wohnungssuchende zu schaffen, die nicht im Stadtteil ansässig seien und daher auch nicht an den Terminen vor Ort teilnehmen und sich dort artikulieren könnten. Es bestehe hier eine strukturelle Asymmetrie. Bis zum Jahr 2020 sollten nach den Planzahlen pro Jahr 1.300 Wohnungen hergestellt werden, dies bedeute insgesamt 7.000 bis 8.000 Wohnungen. Im Moment habe man ca. vierzig Flächen im Gespräch, auf denen ca. 2.000 Wohnungen errichtet werden könnten. Die Flächen seien also auch nachhaltig zu bebauen. Die hier vorgesehene Bebauungsdichte sei geringer als in den angrenzenden Gebieten. Im Bündnis für Wohnen sei die Planung zu dieser Fläche erörtert worden und habe von den Initiativen der Wohnungssuchenden bis hin zur Arbeitnehmerkammer ein breites Echo erhalten. Es sei ein sinnvolles Projekt, fachlich fundiert und begründet. Natürlich werde über eine Reihe von Fragen auch weiterhin gesprochen. Es gehe aber nicht um das „ob“, sondern um das „wie“.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfs der Büros DeZwarteHond und urbane gestalt das Projekt weiterzuentwickeln und einen Bebauungsplan zu erarbeiten.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der CDU

TOP 21	Berichte der Verwaltung	
TOP 21a)	Reise von Senator Dr. Lohse nach Chicago im Rahmen der transatlantischen Klimabrücke -S-	BdV schriftlich L/S

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21b)	Planungsstand zu den Projekten Güldenhaus-Gelände, Große Sortillienstr. Grundstück Erlenstr. / Oderstr. (ehemalige Tankstelle) -6-	BdV mündlich
-----------------	--	-----------------

-zurückgezogen-

TOP 21c)	Umgang mit Stellungnahmen im Rahmen von Bauleitverfahren -FB01-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

-zurückgezogen-

TOP 21d)	Wirksamkeit der Umweltzone -2-	BdV schriftlich
----------	-----------------------------------	--------------------

-zurückgezogen-

TOP 21e)	Zwischenbericht zum BUND-Projekt „Bremen blüht auf“ -3-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21f)	Verwendung von GVFG- Mitteln für Radwegesanierung im öffentlichen Grün -3-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Auf Nachfrage von **Herrn Strohmann** erläutert **Herr Polzin**, dass die Wegeverbindungen Bgm.-Dehnpark-Weg, Grünzentrum Huchting, Am Krimpensee und zwischen Friedrich-Karl-Straße und Obernkirchener Str. allesamt eine wichtige Bedeutung für den innerstädtischen Radverkehr hätten. Nur diese würden mit GVFG- Mitteln gefördert. Der Verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen Infra Grün sei bereits in der Sitzung der Deputation im März grundsätzlich zugestimmt worden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 21g)	Bahnhofsumfeld im Umbruch - 5, 6, 7-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zu den Projekten im Bereich des Bahnhofsumfelds zur Kenntnis.

TOP 21h)	Stadtteile am Fluss über den Fluss verbinden -5-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

-zurückgezogen-

TOP 21i)	Klare Regelungen für Hundeauslauf in Bremen einführen - 71-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Imhoff ist von dem Bericht enttäuscht, weil die Bürgerschaft 2011 etwas anderes beschlossen habe. Das Ressort sollte mit den Beiräten Hundeauslaufflächen festlegen. Nun

komme dabei heraus, dass nur noch Hundespielplätze in der Stadt ausgewiesen werden. In der Vorlage stehe, dass Hunde praktisch überall in der Stadt frei laufen dürften und es nur über Ordnungsgesetze Einschränkungen gebe. Es stehe aber nicht darin, dass fast im gesamten Grünlandgürtel ganzjährig Anleinpflcht bestehe, weil dort Natura 2000 Flächen seien. Seine Fraktion sei von der Vorlage enttäuscht, weil sie nicht nur Hundespielplätze, sondern Hundenauslaufflächen haben wollten, wie andere Städte auch.

Herr Senator Dr. Lohse weist darauf hin, dass bisher alle vorgeschlagenen Flächen von den Beiräten abgelehnt worden seien.

Herr Werner möchte wissen, ob das Ressort die Beiräte auch bei der Finanzierung dieser drei Pilotprojekte unterstütze.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass dies möglich sei. Auf Hinweis von **Herrn Schlüter** sagt er zu, der Frage nachzugehen, ob eine Finanzierung der laufenden Kosten über Globalmittel überhaupt haushaltsrechtlich möglich sei.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand bei der Schaffung von Hundenauslaufflächen zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, den Bericht über die zuständigen Senatoren den Deputationen für Inneres und Sport sowie für Gesundheit zur Kenntnis zu geben.

Einstimmig

TOP 21j)	Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen im neuen FNP -71-	BdV mündlich
----------	--	-----------------

Herr Krämer und **Herr Dr. Viebrock-Heinken** berichten über das Verfahren und die Kriterien zur Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan. Die Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.

Die Diskussion erfolgt in der anschließenden Informationsveranstaltung, um auch den Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform für die Diskussion zu bieten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 22	Verschiedenes	
TOP 22a	Stellenbesetzung SV Abfall	BdV schriftlich

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 22b	Pflege des Straßenbegleitgrüns	BdV mündlich
---------	--------------------------------	--------------

Frau Pieper berichtet, dass ein Pflegevertrag mit dem UBB bestehe, in dem vereinbart sei, dass jährlich zweimal schlegeln oder mähen erfolge und einmal jährlich der Verkehrssicherungsschnitt der Gehölze. In diesem Jahr sei durch die Witterungsverhältnisse das Straßenbegleitgrün sehr schnell hochgewachsen. UBB werde die Flächen nacheinander abarbeiten.

Herr Imhoff betont, dass seine Fraktion mit der Situation nicht zufrieden sei und sich dem Thema weiter widmen werde.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 22c	Kohlezüge in Bremen Nord	
---------	--------------------------	--

Der Berichtswunsch von **Frau Neumeyer** wird zum 11.09.2014 schriftlich beantwortet.

TOP 22d	Bericht zur Datengrundlage zu Tempo 30 in der Friedrich-Ebert-Str.	
---------	--	--

Der Berichtswunsch von **Herrn Saxe** und **Herrn Gottschalk** wird zu einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet.

TOP 22e	Sachstandsbericht zur Beleuchtung am Vegesacker Bahnhofsvorplatz	
---------	--	--

Der Berichtswunsch von **Frau Neumeyer** wird zu nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

TOP 22f	Finanzierung der Grünpflege in Kleingartengebieten	
---------	--	--

Frau Dr. Schaefer hat dazu schriftliche Fragen eingereicht:

Der Berichtswunsch von wird zu einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet.

TOP 22g	Luftmessstation Graf- Moltke- Straße	
---------	--------------------------------------	--

Herr Gottschalk bittet um einen Bericht, warum die Luftmessstation in der Graf- Moltke- Straße abgestellt worden sei. Der Berichtswunsch wird zu einer der nächsten Sitzungen beantwortet.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 35. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll